



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

# Ablehnung des Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

Aktuell seit 30.06.2026 17:20:30

### Angegeben von:

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. (R001215) am 30.06.2026

### Beschreibung:

Wir setzen uns gegen den Gesetzentwurf zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft ein. Ziel ist der Verzicht auf das Gesetz bzw. die Streichung unverhältnismäßiger Prüf-, Nachweis- und Zustimmungspflichten, insbesondere bei sogenannten aufenthaltsrechtlichen Gefällen.

## Zu Regelungsentwurf

---

### 1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/4081 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft

1. Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

2. Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

### 2. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6393 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 21/4081 - Entwurf eines

Gesetzes zur besseren Verhinderung missbräuchlicher Anerkennungen der Vaterschaft - b)

zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Stephan Brandner, Tobias Matthias Peterka, Rainer

Galla, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 21/4264 - Entwurf eines

Gesetzes zur Reform der missbräuchlichen Anerkennung von Vaterschaften

## **Betroffene Interessenbereiche (2)**

---

Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]

Integration [alle RV hierzu]

## **Betroffene Bundesgesetze (4)**

---

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

BGB [alle RV hierzu]

PStG [alle RV hierzu]

RuStAG [alle RV hierzu]